Vorschlag zur Arbeitsweise für eine Überarbeitung des Wahlprogramms zur Landtagswahl BB 2019

Man kann ein Wahlprogramm überarbeiten, indem man zuerst jeden Programmpunkt erneut inhaltlich diskutiert. Das hat den Nachteil, dass der Gesamtblick verloren gehen kann. Außerdem wird es jemanden, der an der Programmatik mitgearbeitet hat, schwer fallen, ggf. seinen eigenen Text objektiv zu beurteilen.

Deshalb wird vorgeschlagen, zunächst alle Programmpunkte anhand der nachfolgend genannten Tabelle (Punkte 1 bis 14) zu bearbeiten und einzuordnen.

Für jeden Programmpunkt werden verschiedene Punkte abgearbeitet. Für die Punkte 1 bis 7 wird eine Wertungsskala genutzt: 1 (sehr niedrig), bis 10 (sehr hoch). Ist keine Einschätzung möglich: ?

Hierbei sollte jedes AG-Mitglied zunächst seine eigene, persönliche Wertung vornehmen und in die Tabelle eintragen. Erst danach erfolgt eine gemeinsame Auswertung und ggf. Festlegung.

Die Punkte 8 bis 11 dienen zur besseren Einordnung des Programmpunktes. Die Punkte 12 bis 14 zur schnellen Erfassung des Programmzieles.

Anhand der Punkte wird eine **Entscheidungsmatrix** erstellt, um eine B**edeutungs-Reihenfolge** der einzelnen Programmpunkte für den Landtagswahlkampf bilden zu können.

Erst wenn die Bedeutungs-Reihenfolge steht, wird mit der tatsächlichen Überarbeitung der Programmpunkte begonnen. Hierbei werden zuerst die Programmpunkte mit hoher Bedeutung für die Landtagswahl 2019 bearbeitet.

Um die Vorgehensweise zu verdeutlichen wurden vier Programmpunkte aus unserem aktuellen Wahlprogramm als **Beispiel** ausgewählt.

Zur Vereinfachung wurden die Punkte 15 bis 18 (Überarbeitung) direkt im Anschluss an die tabellarische Einschätzung vorgenommen.

Wertungen für die Entscheidungsmatrix und die vorgeschlagenen Überarbeitungen sind nur BEISPIELE!

Übersicht der Punkte

Nr.	Bedeutung des Programmschwerpunktes (Überschrift)	Wertung
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	1 bis 10
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bevölkerung (aktueller Programmstand)	1 bis 10
3	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bevölkerung als möglichst zielgerichtetes Wahlkampfthema	1 bis 10
Nr.	**Bedeutung des einzelnen Programmpunktes**	**Wertung**
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	1 bis 10
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bürger	1 bis 10
3	Einschränkung bisheriger Rechte („Verbote“)	1 bis 10
4	Erweiterung bisheriger Rechte	1 bis 10
5	Erhöhung der Bürokratie	1 bis 10
6	Reduzierung der Bürokratie	1 bis 10
7	Aussicht auf politische Umsetzbarkeit in der Legislaturperiode	1 bis 10
	Einordnung des Programmpunktes	
8	Grundsätzliche Forderung	Ja/Nein
9	Wahlkampfforderung 2019	Ja/Nein
10	Politikebene (EU, Bund, Land, Kommune, Generell)	
11	Kostenträger (EU, Bund, Land, Kommune, Wirtschaft)	
	Header des Programmpunktes	
12	Politisches Ziel (Verständlich auf den Punkt gebracht)	
13	Kernsatz (Kurz und bündig auf den Punkt gebracht)	
14	Wahlkampfslogan (Aufmerksamkeitsanker)	

Überarbeitung

15 Bestehender Text

16 Kritikpunkte

17 Neuer Textvorschlag (Kurze Sätze, keine Fremdwörter)

18 Erläuterung (Argumentationshilfe)

Beispiel : Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte

Nr.	Bedeutung des Programmschwerpunktes (Überschrift)	Wertung
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	10
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bevölkerung (aktueller Programmstand)	2
3	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bevölkerung als möglichst zielgerichtetes Wahlkampfthema	2

Vorbemerkung zum Programmschwerpunkt:

Eine zentrale Forderung der Partei. Leider wird die gesamtpolitische Bedeutung des Themas von sehr vielen Menschen immer noch unterschätzt. Viele argumentieren damit, dass sie nichts zu verbergen hätten. Ziel des Wahlprogramms muss es sein, die Menschen da zu packen, wo sie direkt betroffen sind. Für die Menschen individuell wichtige Themen müssen in den Vordergrund gestellt werden, damit ein Anreiz entsteht, bei uns das Kreuz zu machen.

Grundrecht auf Internetzugang

Nr.	Bedeutung des Programmpunktes	Wertung
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	10
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bürger	8
3	Einschränkung bisheriger Rechte („Verbote“)	0
4	Erweiterung bisheriger Rechte	10
5	Erhöhung der Bürokratie	0
6	Reduzierung der Bürokratie	7
7	Aussicht auf politische Umsetzbarkeit in der Legislaturperiode	3
	Einordnung des Programmpunktes	
8	Grundsätzliche Forderung	Ja
9	Wahlkampfforderung 2019	Ja
10	Politikebene (EU, Bund, Land, Kommune, Generell)	Grundrechte sind Bundes-, nicht Landesebene.
11	Kostenträger (EU, Bund, Land, Kommune, Wirtschaft)	Alle

	Header des Programmpunktes

12	Politisches Ziel (Verständlich auf den Punkt gebracht)	Bisher: Freier Internet- und Informationszugang als ***Grundrecht*** Besser: Freier Internet- und Informationszugang als ***Grundversorgung***
13	Kernsatz (Kurz und bündig auf den Punkt gebracht)	Internet soll für Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung in hoher Qualität verfügbar sein
14	Wahlkampfslogan (Aufmerksamkeitsanker)	Schnelles Internet für ALLE

Überarbeitung

15 Bestehender Text

Grundrecht auf Internetzugang

Die PIRATEN Brandenburg treten für das Grundrecht auf einen ***diskriminierungsfreien Internetzugang (Breitband)*** *ein.*
Das Internet hat im privaten und beruflichen Leben den gleichen Stellenwert wie einst Telefon, Rundfunk und Fernsehen eingenommen und ist aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken.
Die Anbindung über Funktechnologie kann nur eine Überbrückung darstellen. Grundsätzlich hat die Anbindung kabelgebunden zu erfolgen – da wo es technisch möglich ist, über Glasfaser.
Der Zugang zu freier Information und zur freien Kommunikation ist genauso ein Grundrecht, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Bürger, die diesen Zugang nicht haben oder nutzen können, sehen sich einer zunehmenden digitalen Barriere ausgesetzt und können sich außerdem nicht aus allgemein verfügbaren Quellen informieren. Insbesondere in Gebieten mit ländlicher Struktur ist ein Ausgleich der Informations- und Kommunikationsdefizite nur noch durch den Internetzugang möglich.
Da das Kommunikations- und Datenvolumenaufkommen bereits derzeit immens ist (zum Beispiel E-Mails, Webseiten, Voice over IP, Video on demand), muss ebenfalls eine angemessene Minimalbandbreite gewährleistet werden, die mit der technischen Entwicklung angepasst werden muss.
Auch die ***Behörden führen zunehmend Onlineangebote*** *ein, um die Defizite durch die ausgedünnte Struktur auszugleichen.* ***Der Bürger ist daher auf die Nutzung des Internets*** *angewiesen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.*
Die Schließung von Gemeinschaftseinrichtungen – wie Schulen, Bibliotheken und Treffpunkten – aus angeblichen Kostengründen haben zu einer erheblichen Erosion der ländlichen Gebiete geführt. Schulen, die immer weiter vom Wohnort entfernt sind, erwarten von den Schülern, dass sie einen umfangreichen Zugang zu Quellen haben, um gestellte Aufgaben auch umsetzen zu können.
Die schlechte Bereitstellung des ÖPNV trägt ebenfalls dazu bei, dass insbesondere junge Menschen kaum noch öffentliche Angebote nutzen oder sich mit anderen treffen können. Das Internet stellt hier keinen gleichwertigen Ersatz dar, kann aber zumindest als Brücke dienen.
Die fehlende Anbindung an ein ***leistungsfähiges Breitbandnetz ist auch für Klein- und mittlere Unternehmen Grundvoraussetzung für den Betrieb eines Gewerbes****, da die Datenübermittlung an Behörden und Sozialversicherungsträger in der Regel nur noch online möglich ist. Betriebe sind ohne garantierten Breitbandanschluss nicht arbeitsfähig. Eine Ansiedlung auch in ländlichen Gebieten ist daher nahezu ausgeschlossen.*

Das Kostenargument ist lediglich ein Scheinargument gegen das Grundrecht auf Internetzugang: Strom-, Telefon-, Gas- und Frischwassernetze wurden aus dem Aspekt der Grundversorgung bereits gelegt.
Der Wettbewerb findet nicht durch die Netze an sich statt. Der Wettbewerb findet über die Diensteanbieter statt, denen ihrerseits ein diskriminierungsfreien Zugang gewährleistet werden muss.

16 Kritikpunkte

- Mit der Forderung nach einem **Grundrecht** auf Internetzugang befinden wir uns in der Bundes- und nicht mehr in der Landesebene. Die Forderung an sich ist sinnvoll und gut, muss in der Ausrichtung und Formulierung jedoch auf landespolitische Herausforderungen angepasst werden.
- Bisher hat der Programmpunkt ganz viele verschiedene Aspekte, um die Grundforderung zu begründen. Das Ganze wird zusätzlich mit technologischen Anforderungen, Bürgerrechten, Bildung, ÖPNV, Wirtschaft, Annahmen und Unterstellungen vermischt. Textlich unstrukturiert und zu umfangreich.
- **Die Kernbotschaft geht komplett unter.**
- Unkonkrete Sprache. Z.B. hat die Formulierung: „*Schulen, die immer weiter vom Wohnort entfernt sind, erwarten von den Schülern, dass sie einen umfangreichen Zugang zu Quellen haben, um gestellte Aufgaben auch umsetzen zu können.“* Überarbeitungsbedarf Das ist zwar durchaus richtig, betrifft aber natürlich auch Schulen, die nah am Wohnort sind, also die Änderung des Bildungsumgebung insgesamt.
- Ein Großteil des Inhalts zeigt eher die Umsetzungsmöglichkeiten. Ist also mehr eine Argumentationshilfe im Wahlkampf.

17 Neuer Textvorschlag (Kurze Sätze, keine Fremdwörter)

Schnelles Internet für Alle

Die Grundversorgung mit einem schnellen Internetzugang ist für unsere heutige und zukünftige Gesellschaft genauso wichtig wie die Grundversorgung mit Strom, Wärme, Nahrungsmitteln und Wasser.
Öffentliche Verwaltung, Bildung, Wirtschaft, Arbeit und Freizeit werden immer mehr auf eine digitalisierte Versorgung auf hohem Niveau angewiesen sein. Wir setzen uns deshalb für ein umfassendes Investitionsprogramm des Landes und der Kommunen ein, um diese Grundversorgung über modernste Technologien, wie z.B. den Ausbau des Glasfasernetzes, bis 2030 flächendeckend zu gewährleisten.

18 Erläuterung (Argumentationshilfe)

Das Internet hat im privaten und beruflichen Leben den gleichen Stellenwert wie einst Telefon, Rundfunk und Fernsehen eingenommen und ist aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken.
Bürger und Wirtschaft, die keine Zugang zu freier Information und zur freien Kommunikation haben oder nutzen können, sehen sich einer zunehmenden digitalen Barriere ausgesetzt. Dies besonders auch im Zuge der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Datenübermittlung an Behörden und Sozialversicherungsträger sind vermehrt nur noch online möglich ist.
Die Anbindung an ein leistungsfähiges Breitbandnetz ist für Klein- und mittlere Unternehmen Grundvoraussetzung für einen konkurrenzfähigen und erfolgreichen Betrieb. Durch flächendeckenden Breitbandausbau werden Anreize zur Ansiedlung in bisher strukturarmen Gebieten wird gefördert.

Beispiel 2: Transparenz in Politik und Verwaltung

Nr.	Bedeutung des Programmschwerpunktes (Überschrift)	Wertung
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	8
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bevölkerung (aktueller Programmstand)	2
3	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bevölkerung als möglichst zielgerichtetes Wahlkampfthema	2

Vorbemerkung zum Programmschwerpunkt:

Ein Thema, das durchaus auch Relevanz für die Bürger hat. Allerdings ist es bisher nicht hinreichend gelungen, dass Thema auch als „WICHTIG“ in den Köpfen zu verankern.

Transparente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung

Nr.	Bedeutung des Programmpunktes	Wertung
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	8
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bürger	4
3	Einschränkung bisheriger Rechte („Verbote“)	1
4	Erweiterung bisheriger Rechte	5
5	Erhöhung der Bürokratie	?
6	Reduzierung der Bürokratie	?
7	Aussicht auf politische Umsetzbarkeit in der Legislaturperiode	3
	Einordnung des Programmpunktes	
8	Grundsätzliche Forderung	Ja
9	Wahlkampfforderung 2019	Ja
10	Politikebene (EU, Bund, Land, Kommune, Generell)	Generell
11	Kostenträger (EU, Bund, Land, Kommune, Wirtschaft)	Jeweils zuständiger Bereich
	Header des Programmpunktes	
12	Politisches Ziel (Verständlich auf den Punkt gebracht)	Vertrauen in Politik und Verwaltung stärken; Informationspflicht des Staates statt Informationsrecht des Bürgers
13	Kernsatz (Kurz und bündig auf den Punkt gebracht)	Informationsrecht des Bürgers wird zu Informationspflicht der Verwaltung
14	Wahlkampfslogan (Aufmerksamkeitsanker)	Gläserne Verwaltung statt Hinterzimmer

Überarbeitung

15 Bestehender Text

*Die PIRATEN Brandenburg unterstützen die Schaffung transparenter Strukturen, um das **Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken.** Dabei darf die Transparenz aber nicht nur Elemente des Haushalts aufgreifen, sondern muss auch bei Entscheidungsfindungen, Vertragsabschlüssen und bei Berichten zu politischen Themen angewandt werden. Ziel ist es, das **Informationsrecht des Bürgers hin zu einer Informationspflicht der Verwaltung zu entwickeln**. Die Prinzipien von Open Data müssen auch an dieser Stelle eingehalten werden. Die Transparenz des öffentlichen Eigentums darf nicht durch Verschachtelung von Unternehmensbeteiligungen umgangen werden.*

Dies kann z.B. durch den Landesrechnungshof Brandenburg oder eine andere unabhängige Organisation überwacht werden.

16 Kritikpunkte

- „Unterstützen“ ist so wischiwaschi.
- Komplizierte und unkonkrete Sprache: „Schaffung transparenter Strukturen“; Besser z.B. „Informationen einfach finden“.
- „Elemente des Haushalts“ versteht nur, wer weiß, dass es sich hier um die Finanzplanung handelt; jeder andere denkt an seinen eigenen Haushalt und weiß nicht, was das soll.
- Unter „Prinzipien von Open Data“ können sich die meisten Menschen nichts vorstellen.
- Es gibt immer mehr Informationssysteme (z.B. allris) über die die Bürger auch Zugriff auf politische Inhalte haben. Was auf dieser Ebene fehlt, ist die Übertragung bzw. Aufzeichnung von Sitzungen der politischen Gremien. Ob und in wieweit die Parteien selber transparent sein wollen, liegt in ihrer eigenen Verantwortung.
- Die letzten zwei Sätze sind eher was für die Umsetzung als für den Wahlkampf.

17 Neuer Textvorschlag (Kurze Sätze, keine Fremdwörter)

Transparente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung

Das Misstrauen der Bürger in Politik und Verwaltung wächst. Um dem entgegenzuwirken setzen wir uns für den einfachen und barrierefreien Zugang der Bürger zu allen öffentlichen Daten ein, die nicht dem Datenschutz unterliegen.

Diese Transparenz soll z.B. auch bei Entscheidungsfindungen, Vertragsabschlüssen und bei Berichten zu politischen Themen gelten. Ziel ist es, das Informationsrecht des Bürgers hin zu einer Informationspflicht der Verwaltung zu entwickeln und das Misstrauen der Bürger gegen das Handeln des Staates abzubauen.

18 Erläuterung (Argumentationshilfe)

Vieles, was staatliche Stellen machen, wird von den Bürgern nicht gesehen. Das führt zu einem „die da oben“-Gefühl. Begleitet von einem ohnmächtigen „da kann man so oder so nicht gegen an“.

Wir glauben, dass eine möglichst gläserne Verwaltung, die alle öffentlichen Informationen auf einfache Art und Weise zugänglich macht, hilft, diese Gefühle abzubauen. Bürger, die sich informieren können, haben weniger Misstrauen gegen staatliches Handeln. In der heutigen Zeit ist eine Digitalisierung öffentlicher Daten mit freier Verfügbarkeit für alle ein wichtiges Ziel für eine bessere Zukunft. Ausgenommen sind allerdings Daten und Informationen, die dem Datenschutz unterliegen.

Beispiel 3: Wirtschaft

Nr.	Bedeutung des Programmschwerpunktes (Überschrift)	Wertung
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	4
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bevölkerung (aktueller Programmstand)	1
3	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bevölkerung als möglichst zielgerichtetes Wahlkampfthema	10

Vorbemerkung zum Programmschwerpunkt:

Unser „Wirtschaftspolitisches Programm“ ist alles andere, nur kein wirtschaftspolitisches Programm für Brandenburg. Arbeitsplatzsicherung, Wirtschaftssteuermechanismen – z.B. durch Förderprogramme und steuerliche Maßnahmen, Investitionsprogramme der öffentlichen Hand – z.B. günstigen Wohnraum schaffen, Tourismusförderung, Energiepolitische Aussagen. Nichts davon befindet sich in unserem Wahlprogramm.

Was drin ist, sind Randthemen, die zwar für uns nicht unwichtig sind, aber für die Bevölkerung nur eine geringe bis gar keine wahlentscheidende Relevanz haben.

Spekulation mit Grundnahrungsmitteln verbieten

Nr.	Bedeutung des Programmschwerpunktes (Überschrift)	Wertung
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	6
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bürger	2
Nr.	**Bedeutung des Programmpunktes**	**Wertung**
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	4
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bürger	1
3	Einschränkung bisheriger Rechte („Verbote“)	10
4	Erweiterung bisheriger Rechte	1
5	Erhöhung der Bürokratie	?
6	Reduzierung der Bürokratie	?
7	Aussicht auf politische Umsetzbarkeit in der Legislaturperiode	1
	Einordnung des Programmpunktes	
8	Grundsätzliche Forderung	Ja
9	Wahlkampfforderung 2019	Nein
10	Politikebene (EU, Bund, Land, Kommune, Generell)	Generell

11	Kostenträger (EU, Bund, Land, Kommune, Wirtschaft)	Wirtschaft
	Header des Programmpunktes	
12	Politisches Ziel (Verständlich auf den Punkt gebracht)	Spekulationsgeschäfte mit Grundnahrungsmitteln und Wasser verbieten
13	Kernsatz (Kurz und bündig auf den Punkt gebracht)	Spekulationsgeschäfte mit Grundnahrungsmitteln und Wasser verbieten
14	Wahlkampfslogan (Aufmerksamkeitsanker)	Entfällt, da nicht Landesebene

Überarbeitung

15 Bestehender Text

Grundnahrungsmittel und Wasser sind die Lebensgrundlage aller Menschen, oft genug entscheidet die Verfügbarkeit und ein bezahlbarer Preis über Menschenleben. Wir PIRATEN fordert daher ein Verbot von Geschäften mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen sofern sie nicht der Produktion, der verbrauchsbestimmten Verteilung oder der Bereitstellung dienen. Details sollen durch internationale Abkommen geregelt werden. Warentermingeschäfte müssen zwingend zu einer physischen Erfüllung führen und jegliche Differenzgeschäfte, Optionen und Leerverkäufe sowie weitere Derivate dessen müssen ausgeschlossen werden.

16 Kritikpunkte

Text ist schwer verständlich. Die Forderung nach einem internationalen Verbot von Spekulationsgeschäften mit Grundnahrungsmitteln und Wasser ist sinnvoll, hat aber landespolitisch eine deutlich geringere bis keine Wirkung.

In dem Text werden auch Regularien für Börsengeschäfte verschiedener Arten gefordert. Auch dieser Punkt ist landespolitisch ohne Bedeutung. Bundesebene/Internationale Ebene.

17 Neuer Textvorschlag (Kurze Sätze, keine Fremdwörter)

Keiner. Eher ein bundespolitischer Programmpunkt. Für die nächste Bundestagswahl als Wahlprogramm einbringen

18 Erläuterung (Argumentationshilfe)

Entfällt

Menschenhandel und Sklaverei in Zulieferketten offenlegen

Nr.	Bedeutung des Programmpunktes	Wertung
1	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Piratenpartei	6
2	Einschätzung der politischen Bedeutung für die Bürger	1
3	Einschränkung bisheriger Rechte („Verbote“, „Gebote“)	9
4	Erweiterung bisheriger Rechte	0
5	Erhöhung der Bürokratie	10
6	Reduzierung der Bürokratie	0
7	Aussicht auf politische Umsetzbarkeit in der Legislaturperiode	0
	Einordnung des Programmpunktes	
8	Grundsätzliche Forderung	Ja, aber nicht Landesebene
9	Wahlkampfforderung 2019	Nein
10	Politikebene (EU, Bund, Land, Kommune, Generell)	Generell
11	Kostenträger (EU, Bund, Land, Kommune, Wirtschaft)	Wirtschaft
	Header des Programmpunktes	
12	Politisches Ziel (Verständlich auf den Punkt gebracht)	Auf Ungerechtigkeit aufmerksam machen
13	Kernsatz (Kurz und bündig auf den Punkt gebracht)	Menschenhandel und Sklaverei in Zulieferketten offenlegen
14	Wahlkampfslogan (Aufmerksamkeitsanker)	Sklaverei abschaffen

Überarbeitung

15 Bestehender Text

Menschenhandel und Sklaverei in Zulieferketten offenlegen

Wir PIRATEN fordern, dass große Unternehmen, die ihren Sitz in einem EU-Staat und einen Jahresumsatz von 100 Millionen Euro oder mehr haben, dazu verpflichtet werden, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel, Sklaverei, Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und Kinderarbeit in ihren Zulieferketten öffentlich zu machen.

16 Kritikpunkte

Kein lande- oder bundespolitisches Thema. Hier wird explizit auf die EU abgestellt.

Weltpolitisch wünschenswertes Thema, aber zu abstrakt, um die Wähler in BB bei einer Landtagswahl, in der es eher um reale politische Herausforderungen durch die Menschen im Land geht, dazu zu bringen, uns zu wählen.

17 Neuer Textvorschlag (Kurze Sätze, keine Fremdwörter)

Keiner. Eher ein europapolitischer Programmpunkt. Für die Europawahl 2019 als Wahlprogramm einbringen

18 Erläuterung (Argumentationshilfe)

Entfällt